

VOM MISSTRAUEN ZUM VERTRAUEN – MEDIATION IM „STEINBRUCHKONFLIKT“



VON PIET
SELKE

Im Streit um die Erweiterung eines Steinbruchs trafen wirtschaftliche Interessen auf heftige Anwohnerproteste. Ein partizipativer Mediationsprozess auf Basis der Risiko-Governance schuf Vertrauen, senkte Belastungen und führte zur Rücknahme von Einwendungen.

Als der Betreiber eines Steinbruchs die Erweiterung des Abbaubereichs plante, formierte sich in zwei umliegenden Ortschaften heftiger Widerstand. Lärm, Staub, Erschütterungen und zusätzlicher Schwerverkehr galten als Bedrohung der Lebensqualität. Das Unternehmen verwies auf Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und Versorgungssicherheit. Der Konflikt drohte sich zu verhärten und in juristische Auseinandersetzungen zu münden.

Gerade diese Zwischenlage machte Mediation sinnvoll.

Konfliktdynamisch lag die Situation bereits zwischen den Eskalationsstufen **Debatte/Polari-sation** und **Taten statt Worte** im Sinne Glasls. Öffentliche Zuspitzungen und Schuldzuschreibungen nahmen zu, eine Verständigung war jedoch weiterhin möglich. Gerade diese Zwischenlage machte Mediation sinnvoll: früh genug, um eine weitere Eskalation zu verhindern, aber spät genug, damit der Handlungsdruck für alle Beteiligten spürbar war.

Risiko-Governance als Rahmen

Betreiber, Gemeinden und Genehmigungsbehörden entschieden sich deshalb für einen formalisierten Mediationsprozess auf Grundlage des **Risiko-Governance-Ansatzes**. Risiko galt dabei nicht allein als technische Größe, sondern als mögliche Folge eines Ereignisses für etwas,

das Menschen wertschätzen. Damit war anerkannt, dass es um objektive Gefährdungen ebenso wie um Wahrnehmungen, Bewertungen und Zumutbarkeitsgrenzen geht.

Zu Beginn stand ein gemeinsames **Pre-Assessment** (Vorab-Bewertung). Es machte die unterschiedlichen Problemwahrnehmungen sichtbar und band Gutachter frühzeitig ein. Für den Betreiber stand die technische Beherrschbarkeit der Risiken im Vordergrund, für viele Anwohner hingegen die Sorge um Gesundheit, Immobilienwerte und das Gefühl mangelnder Kontrolle.

Insbesondere die frühe Einbindung der Experten wirkte deeskalierend.

Gerade die frühe Einbindung der Experten wirkte deeskalierend. Wissenschaftliche Kriterien, Grenzwerte und Unsicherheiten wurden transparent erläutert. Zusätzliche Messstandorte für Staubbelastungen nahmen lokale Wahrnehmungen ernst. So wurde über Ergebnisse ebenso gesprochen wie über die Bedingungen ihres Zustandekommens – ein zentraler Schritt für Vertrauen in Verfahren und Expertise.

Risiken bewerten und charakterisieren

In der Phase des **Risk Appraisal** (Beurteilung) wurden technische Risikoanalysen und gesellschaftliche Sorgen systematisch zusammengeführt. Fachgutachten zu Immissionen, Sprengerschütterungen und Verkehrssicherheit wurden verständlich aufbereitet. Parallel erarbeitete eine gemischte Gruppe aus Bürgervertretungen, Betreiber und Verwaltung eine Landkarte der Sorgenpunkte. Dabei zeigte sich, dass neben Grenzwerten auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Kontrollierbarkeit über die Akzeptanz entschieden.



Diese Schritte signalisierten echte Responsivität gegenüber den Sorgen der Bevölkerung.

Die anschließende **Risikocharakterisierung** unterschied zwischen **komplexen, unsicheren** und **ambigen** Risiken. Technisch galten Lärm und Erschütterungen als grundsätzlich beherrschbar. Unsicher blieben mögliche Langfristwirkungen der Staubbelastung, während normative Fragen zur Zumutbarkeit zusätzlicher Belastungen ambig blieben. Entsprechend wurde zwischen technisch lösbaren Problemen und Themen unterschieden, die gesellschaftliche Aushandlung erforderten.

Gemeinsames Management der Risiken

Im Zentrum des Verfahrens stand schließlich das gemeinsame **Management** der Risiken. In moderierten Sitzungen entwickelten die Beteiligten Maßnahmen zur Reduktion der Belastungen und zur Erhöhung der Robustheit der Systeme. Dazu gehörten geänderte Sprengzeiten, lärmarme Technik, Bewässerungsanlagen gegen Staubbildung, Umfahrstrecken für den Schwerverkehr sowie kontinuierliche Immissionsmessungen mit öffentlich verfügbaren Daten.

Besonders bedeutsam für die Konfliktdynamik waren freiwillige Maßnahmen des Betreibers, obwohl die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten wurden. Dazu zählten zusätzliche Messgeräte für Sprengerschütterungen sowie die Begutachtung möglicher Gebäudeschäden. Diese Schritte signalisierten echte **Responsivität** gegenüber den Sorgen der Bevölkerung, die über bloße Rechtskonformität hinausging.

Kommunikation als dialogischer Lernprozess

Entscheidend für die Deeskalation war zudem die breite Beteiligung der Öffentlichkeit. Neben der Kerngruppe aus Betreiber, Gemeinden, Bürgerinitiativen und Behörden fanden Informationsabende, Sprechstunden und Ortsbegehungen statt. Später kamen sogar WhatsApp-Gruppen hinzu, über die der Betreiber frühzeitig über Sprengzeiten und erwartete Belastungen informierte.

Risikokommunikation verstand sich dabei nicht als einseitige Experteninformation, sondern als dialogischer Lernprozess. Anwohner brachten ihr Erfahrungswissen ein, Experten legten Modelle und Unsicherheiten offen. Mit zunehmender Transparenz und Mitgestaltung wandelte sich die Konfliktdynamik schrittweise von einem Gegeneinander zu einem gemeinsamen Suchprozess nach tragfähigen Lösungen.

Sichtbar wurde dies daran, dass viele ursprünglich erhobene Einwendungen zurückgenommen wurden, weil die gemeinsam entwickelten Nebenbestimmungen als glaubwürdige Sicherung galten. Der Fall zeigt exemplarisch das Potenzial des **Risiko-Governance-Ansatzes** für die Mediationspraxis: Deeskalation gelingt besonders nachhaltig dort, wo Betroffene frühzeitig beteiligt werden und Kommunikation nicht auf Überzeugung, sondern auf gemeinsames Lernen zielt. 

Quellen:
Sellke, P./Renn, O. (2011):
Risiko-Governance in
Beteiligungs- und
Mediationsverfahren.

RISIKO GOVERNANCE ANSATZ

© Sellke / Renn 2011

